

## öffentliche Sitzung

Federführend: 3.1 - Soziales	AZ: Berichterstatter/-in: Herr Spaltner
Beratungsfolge: Datum                      Gremium 11.03.2010              Hauptausschuss	
<b>Antrag der Verbraucherzentrale Nordrhein-Westfalen vom 18.11.2009 auf Stellenerweiterung für die Beratungsstelle Alsdorf</b>	

\_\_\_\_\_
\_\_\_\_\_
\_\_\_\_\_
\_\_\_\_\_
\_\_\_\_\_

Bürgermeister
Erster Beigeordneter
Techn. Dezernent
gez. Jansen  
Kämmerer
gez. Spaltner  
Pers. Referent des BM

### Beschlussvorschlag:

Der Hauptausschuss des Rates der Stadt stimmt dem Antrag der Verbraucherzentrale auf Stellenerweiterung um eine 0,5 Personalstelle in der Beratungsstelle Alsdorf unter der Voraussetzung zu, dass das Land Nordrhein-Westfalen sowie die Städte Baesweiler, Herzogenrath und Würselen neben der Stadt Alsdorf die Finanzierung in der bisherigen Form sicherstellen.

Die Kosten sind im Haushalt 2010 und Folgejahre einzuplanen.

### **Darstellung der Sachlage:**

Mit Schreiben vom 18.11.2009 beantragt die Verbraucherzentrale Nordrhein-Westfalen eine Stellenerweiterung für die Beratungsstelle Alsdorf um eine 0,5 Personalstelle. Bereits anlässlich eines Gespräches im Oktober 2009 haben die Vertreter der Verbraucherzentrale auf den personellen Engpass in der Beratungsstelle hingewiesen. 1 Fachkraft hat derzeit dort ca. 16.000 Fälle/Kontakte im Jahr zu bewältigen. Normal sind ca.7.000 Fälle /Kontakte. Durch diese enorme Belastung ist eine zufrieden stellende Beratungstätigkeit für Rat suchende Bürger nicht mehr gewährleistet.

Die Verbraucherzentrale weist in ihrem Antrag darauf hin, dass im Falle einer kommunalen Beteiligung an der halben Stelle beim Land Nordrhein-Westfalen die Stellenaufstockung von der halben auf eine ganze Stelle und hierfür Landesmittel beantragt werden. Die Vertreter der Städte Alsdorf, Baesweiler, Herzogenrath und Würselen, die die Personal- und Sachkosten der Beratungsstelle neben dem Land Nordrhein-Westfalen zu 50 v.H. finanzieren, haben zuletzt bei einer Erörterung am 04.01.2010 zum Ausdruck gebracht, dass sie einer Personalaufstockung positiv gegenüber stehen und die Zustimmung der entsprechenden Gremien einholen werden.

### **Darstellung der Rechtslage:**

entfällt

### **Darstellung der finanziellen Auswirkungen:**

Die Kosten der Stellenerweiterung incl. Sach- und Gemeinkosten belaufen sich auf jährlich ca. 39.500,-- €. Der Anteil der Stadt Alsdorf hieran nach dem Einwohnerschlüssel von derzeit 28,86 v.H. würde ca. 11.400,-- € betragen.

### **Darstellung der ökologischen und sozialen Auswirkungen:**

entfällt

### **Anlage/n:**

Antrag Verbraucherzentrale